

Politiker diskutieren über künftige Sicherheitspolitik

Vor dem Hintergrund der Bundestagswahl im September 2021 hat die Berliner Arbeitsgruppe für Sicherheitspolitik eine hochkarätig besetzte, zweiteilige Veranstaltungsreihe angeboten.

Das Thema lautete: „Das Wahljahr 2021 – Zukünftige deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus parteipolitischer Perspektive“. Mit dabei waren der parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Thomas Silberhorn (CSU), der verteidigungspolitische Sprecher der Partei Bündnis 90/Die Grünen, Dr. Tobias Lindner, der verteidigungspolitische Sprecher der AfD, Rüdiger Lucassen, der ehemalige verteidigungspolitische Sprecher der SPD, Dr. Fritz Felgentreu, der Obmann der FDP im Verteidigungsausschuss, Alexander Müller, und die friedenspolitische Sprecherin der Linken, Kathrin Vogler. Dr. Ulrike Franke vom European Council on Foreign Relations und die Journalistin Julia Weigelt moderierten die Veranstaltung.

Bundeswehr – Auftrag, Einsatzbereitschaft, Finanzierung – wo sind Schwerpunkte?

Tobias Lindner stellte neben der strategischen Ausrichtung der Bundeswehr und der Optimierung der Beschaffung vor allem der Schwerpunkt der Evaluie-

rung der Auslandseinsätze heraus. Rüdiger Lucassen sah ebenfalls die Verbesserung des Beschaffungswesens als Schwerpunkt an. Außerdem sprach er sich für mandatierte Auslandseinsätze zur Vertretung deutscher Interessen, zum Beispiel den Schutz der globalen Handelswege, aber auch für die Wiedereinführung der Wehrpflicht aus. Thomas Silberhorn betonte die Verantwortung Deutschlands als Global Player und die gemeinsamen Grundsätze in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die sich nicht nach einer Legislaturperiode wieder ändern dürfen, als Schwerpunkte an. Die Vertreterinnen und Vertreter von FDP, SPD und Linken waren sich einig, dass die Bundeswehr in erster Linie für die Landesverteidigung zuständig sei. Allerdings argumentierten sowohl Fritz Felgentreu als auch Alexander Müller im Gegensatz zu Kathrin Voglers Kritik an der Ausrichtung der Bundeswehr als Einsatzarmee, dass Auslandseinsätze im Rahmen der Bündnis- und Landesverteidigung (BV/LV) gleichrangig zu betrachten seien.

Europäische Sicherheitspolitik - Quo vadis?

Rüdiger Lucassen sah die NATO als das entscheidendste Bündnis an, daher müsse der Aufbau von Doppelstrukturen im Rahmen der GSVP innerhalb der EU ver-

mieden werden. Weiter sei es bei Rüstungsprojekten der EU wichtig, nicht zu viele Partnerstaaten zu beteiligen, um eine effiziente Durchführung zu erreichen. Thomas Silberhorn betonte, dass die Landes- und Bündnisverteidigung die Stabilität in der europäischen Nachbarschaft und das Agieren im globalen Kontext, etwa im Indo-Pazifik, auch mit Partnern, die nicht Mitglied der EU oder NATO sind, besonders wichtig sei. Tobias Lindner verdeutlichte den gemeinsamen Ansatz in den Grundfragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dabei stellte er den Wert europäischer Rüstungspolitik am Beispiel von FCAS ins Zentrum, wobei er mehr Transparenz bzw. den politischen Konsens in Bezug auf die Ziele solcher Projekte fordert. Fritz Felgentreu stellte den Vorschlag der SPD vor, eine 28. EU-Armee unter Kommando der EU-Kommission zu schaffen. Dies hätte den Vorteil, dass die Mitgliedsstaaten keine zusätzliche Souveränität nach Brüssel abgeben müssten. Zudem fungiere Deutschland bereits jetzt als Rahmennation für andere Partnerstaaten, die ihre Fähigkeiten andocken.

Daraufhin verdeutlichte Kathrin Vogler, dass sie eine weitere Vertiefung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU ablehne und die sicherheitspolitische Architektur neu zu strukturieren sei. Dazu solle die NATO ersetzt oder umgestaltet werden. Gleichzeitig solle die nukleare Teilhabe beendet und die US-Basis in Ramstein geschlossen werden. Alexander Müller verdeutlichte, dass die europäische Kooperation als Stärkung des



Foto: Büro Tobias Lindner

Tobias Lindner



Foto: Inga Haar

Thomas Silberhorn



Foto: SPD Bundestagsfraktion/Susie Knoll

Fritz Felgentreu



Foto: Büro Alexander Müller

Alexander Müller



Foto: Büro Kathrin Vogler

Kathrin Vogler



Foto: Bundestag/Von Saldern

Rüdiger Lucassen

europäischen Pfeilers der NATO einzuordnen sei. Mittel dafür seien etwa gemeinsame Übungen und Einsätze sowie die gemeinsame Entwicklung und Beschaffung von Fähigkeiten innerhalb des PESCO-Frameworks. Weiter fordert er die Harmonisierung der europäischen Rüstungsexportrichtlinien.

Russland – (Un)sicherheitsfaktor?

Thomas Silberhorn bezeichnete Russland nicht als einen Faktor der Stabilität, was durch die Infragestellung der territorialen Integrität der Nachbarstaaten, insbesondere der Ukraine, untermauert werde. Darüber hinaus betont er die Herausforderungen durch das russische

Engagement in Syrien oder die Desinformationskampagnen. Rüdiger Lucassen sagte, Russland sei ein wichtiger Partner, um europäisch und global das friedliche Zusammenleben zu gewährleisten. Daher müsse man die gegenwärtige Haltung gegenüber Russland überdenken, um das Vertrauensverhältnis wieder aufzubauen. Tobias Lindner forderte Abschreckung gegen mögliche Aggressionen, die Anpassung des Fähigkeitsprofils der Bundeswehr an kommende Bedrohungslagen, aber auch die Verbesserung der Zusammenarbeit, zum Beispiel durch den NATO-Russland-Rat. Alexander Müller argumentierte, dass aufgrund der russischen Aktivitäten der vergange-

nen Jahre Sanktionen gerechtfertigt seien, diese allerdings zielgerichteter seien sollten auf die verantwortlichen Personen. Kathrin Vogler verdeutlichte, dass Deutschland und Europa im Falle Russlands ihre Haltung grundsätzlich überdenken müssten. Anstatt vom Kalten Krieg geprägte Denkweisen zu reaktivieren, solle ein gemeinsamer Dialog entwickelt werden. Fritz Felgentreu argumentierte dagegen, dass zwar eine generelle Dialog- und Kontaktbereitschaft gegenüber der russischen Regierung nötig sei, auf der anderen Seite Deutschland aber bereit sein müsse, die osteuropäischen Verbündeten militärisch zu schützen.

Gerald Lange/Maurice Stette

Die Sicherheitspolitische Grundakademie geht in die 39. Runde

Sicherheit geht vor – sowohl im sicherheitspolitischen Diskurs, als auch in Zeiten von Covid-19. Aus diesem Grund fand die 39. Sicherheitspolitische Grundakademie des Bundesverbandes Sicherheitspolitik an Hochschulen erneut digital über Zoom statt.

Vom 28. bis 31. März 2021 verfolgten 26 interessierte Studierende spannende Vorträge zu sicherheitspolitischen Themen. Das abwechslungsreiche Programm, zu dem Vertreterinnen und Vertreter von Think Tanks, Botschaften und Institutionen eingeladen waren, ermöglichte den Studierenden, mit zahlreichen Akteuren der Sicherheitspolitik in Kontakt zu kommen.

Eines der Highlights: Der Vortrag von Dr. Stormy-Annika Milder, Executive Director des Aspen Institute Germany, die unter dem Thema „Die ersten 100 Tage“ Präsident Biden die Herausforderungen und Chancen der Biden-Präsidentschaft näher analysierte. Einen weiteren Höhepunkt stellte das Gespräch mit Juseong Lim von der Botschaft der Republik Korea in Berlin dar.



Der Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen veranstaltete die 39. Sicherheitspolitische Grundakademie

Nach einem Vortrag von Lim über die einzigartige Historie, das sicherheitspolitische Umfeld und die sicherheitspolitische Strategie der Region und des Landes, diskutierten die Studierenden viel über die Möglichkeit einer Wiedervereinigung der zwei koreanischen Staaten. Passend dazu wurden auch der Vergleich und mögliche Lernerfolge der deutschen Wiedervereinigung besprochen.

Natürlich kamen in den vier Tagen der Akademie auch die traditionellen Sicherheitsthematiken nicht zu kurz. Gemeinsam mit Dr. Andreas Nick, Mitglied des Bundestages, widmeten sich die Studierenden dem Deutschen Bundestag als Akteur in der Außen- und Sicherheitspolitik. Dr. Nick ermöglichte allen Beteiligten praktische Einschätzung zu den Themen der deutschen Sicherheitspolitik: Neben dem Bundestag als klassischer Akteur sprachen die Teilnehmenden mit Dr. Philipp Schäfer vom Zentrum Informationsarbeit der Bundeswehr und Dr. Oliver Meier vom IFSH auch über das Thema Nuklearwaffen. Oberstleutnant d.R. Martin Hortig vom Multi National CIMIC Command referierte ferner über die Zivil-Militärische Zusammenarbeit in Deutschland.

Zusammenarbeit war auch das Thema des Vortrages von Dr. Iroulo vom GIGA, die das Zustandekommen, den Inhalt und die Zukunftsperspektive der African Continental Free Trade Area (AfCFTA) erläuterte. Mit Oberst i.G. Norbert Eitelhuber von der Bundesakademie für Sicherheitspolitik diskutierten die Teilnehmenden die Frage, ob Deutschland sein Verhältnis zu Russland eher kooperativ oder konfrontativ gestalten sollte. Die Diskussion dazu war so inhaltlich aufgeladen, wie es dieses Thema verdient.

Friederike Engelbrecht